

Jahren geschehen sei, könne uns freilich mit dem starken Beweis einholen, daß der Weg Deutschlands troh aller Not in seiner Hauptrichtung stufenweise nach oben führt. Selbstverständlich sei auch bei den bisher vorliegenden Rückwirkungen noch eine nie ermüdende Ergänzungsarbeit zu leisten. Man müsse vor allen ausstreichen, daß die bereits getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit wesentliche Erleichterungen für die besetzten Gebiete bedeuten.

Der Reichskanzler wendet sich dann zu der Frage des Eintritts in den Völkerbund. Es handelt sich um die entscheidende Frage, wie sich Deutschlands weltpolitische Lage durch den Eintritt in den Völkerbund verändern könnte. Es fragt sich, ob Deutschland genötigt sein könnte zu einer Historisierung unter Ablöse vom Osten. Eine solche Option zwischen West und Ost halte ich bei Deutschlands geographischen Lage durchaus unmöglich (Beispiel). Es steht aber fest, daß im Völkerbund gegen den Willen seines Mitgliedstaates, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, eine für das betreffende Land bindende Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob und gegen welchen Staat der bekannte Artikel 16 angewandt werden soll. (Aufe bei den Völkern: Und das Durchmarchrecht?) Das gilt auch für das Durchmarchrecht (Aufe bei den Völkern: Ja, nein.) Aber meine Herren, es ist: Sie doch den Artikel ja! (Beispiel, Herrscher bei der Weisheit!) Deutschland will nicht mit verlorenen Vorbehalten in den Völkerbund eintreten. Aber es muß eine Beurteilung der Verhältnisse erwartet werden, die für Deutschland aus seiner beständigen Entwicklung und aus seiner geografischen Lage ergeben. Das muß vorher festgestellt werden, damit ich Deutschland im gegebenen Falle nicht den Vorwurf illogischer Verhältnisse und damit der Gefahr einer moralischen Nostalgie aussiegt. Diese Gefahr wird abgewandt durch die in Locarno vereinbarer Erklärung zum Artikel 16, denn sie stellt fest, daß Deutschland nur insofern zur Bereitstellung verpflichtet ist, als das mit seiner militärischen und geografischen Lage vereinbar ist. (Aufe bei den Völkern: Ja, nein.) Dies bedeutet nun, daß die wirtschaftlichen wie auch die militärischen Maßnahmen, die in Art. 16 eine Anwendung des Grundgesetzes und seine besondere Bestimmung für Deutschland. Daß es aber grundsätzlich noch einmal zum Ausdruck gebracht wurde, fragt der beobachtende Bedeutung dieser Frage für Deutschland Rührung. Bei dieser Sache steht ich nun am, zu erklären, daß bei der jetzt geführten Ausprägung des Artikels 16 aus ihm keine Gewalt hat. (Aufe bei den Völkern: Ein weitsichtiger Staatsmann!) Deutschland ist eines Sitzes im Völkerbund und im Völkerbundesrat führt, Wegen der Kolonialfrage und Deutschlands Rechte auf Koloniallande ausdrücklich eingerufen worden. Wir erwarten in dieser Beziehung auch prahlloses Vorgehen. Was die Kriegsbefreiung angeht, so hat die deutsche Regierung ihren Verhandlungsgegenstand vor Beginn der Verhandlungen von Locarno ihren Standpunkt dargelegt. Sie hat ihr Verhältnis an ihrer Haltung auch in Locarno ausgesprochen. (Aufe rechts: Und Artikel 16?) Dieser Standpunkt der deutschen Regierung wird auch beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufrecht erhalten. Dieser tatsächliche Eintritt Deutschlands bedeuete eine Voransetzung auf der bisherigen Linie. Es ist ein unverhältnismäßiger Kleinatz, anzunehmen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes nicht die Möglichkeit gewahrt ist, seine Interessen stärker zu fördern als bisher. Derart dieser Meinung wird von Deutschland entschiedener Weiterarbeit auf dem Wege von Locarno abhängen. Das Problem der allgemeinen Abstimmung längst mit Locarno eng zusammen. Der Gedanke der allgemeinen Abstimmung, wie er im Beschlusstext des Völkerbundes festgelegt ist, wird von Deutschland längst weiter normativ gerechnet, die grundsätzliche Zustimmung unserer Verhandlungsgegner dazu kommt in Locarno zum Ausdruck. Der britische Außenminister hat dies in seiner "Pan American" nochmals bestätigt. (Aufe rechts: Theodor und! Wenn Deutschland im Völkerbund sein würde, wird dieser Gedanke politisch Formen annnehmen.) (Aufe bei den Kommissionen: Die Tadofen sprechen das auf!) Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollte vor, seine Schwächung seiner kolonialen Lage dar, sondern eine neue Plattform auf der es möglich sein wird, die Interessen des deutschen Reiches und Volkes zu fördern. (Aufe links: Unser!) Die Frage des Eintritts in den Völkerbund bekommt ihr besondere Note durch die Verbindung mit dem Sicherheitsrat und den Schiedsgerichten, durch die Deutschland Stellungnahme im Völkerbund zwischenstellt wird. In der Kritik des Vertragswerkes von Locarno hat man sich vielfach bemüht, durch vorausgemeinte Formulierungen über die Haltung des Auslandes das ganze Vertragswerk in eine ganz unrichtige Perspektive zu rücken. Wir können jedoch die Ausführungen des Auslandes mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, darunter bisher keine Neuerung von unerträglicher Bedeutung bekannt geworden. Sie mit unserer eigenen Darstellung in irgendeinem katholischen Widerspruch steht. (Aufe V. der Weisheit: Mehrere deutschnationalen und völkische Akteure schlagen mit der Faust auf den Tisch und rufen: Das sagen Sie zu sagen, das heißt den Kopf in den Sand legen!) Rein, das heißt mir, daß man nicht vom geraden Wege abdringen darf durch die Abwendung auf Dinge, die mit dem Vertragswerk in ganz keinem Zusammenhang stehen. (Beispiel bei der Weisheit.)

An den Ufern des Hudson

Roman von Lawrence H. Desberg.
Aus dem amerikanischen Romanstrip
übersetzt von Hermann Zur Mühlen.

"Wo Sie sonst?" Sie hörten wußtlich Graces Stimme.
"Ja, Sie fragen ob ich nichts von Ihnen weißte. Ich begreife nicht, warum Sie so früh in die Stadt gekommen seien. Ich teilte ihr mit, Sie würden in höchstens zwei Stunden zurückkommen." Harriet vermauerte sich über herausbringen; er sah die Hand des alten Hausherrin und drückte sie so fest, daß dieser gut Schmerz empfand. Dann sprang er aus dem Sessel auf und eilte zum Automobil. Sammel Augenblick wollte sich verabschieden, aber Harriet ließ ihn ohne weiteres in den Wagen.

"Sie müssen mitkommen; allein entzog ich die Faust nicht. Mein Gott, was alles kann nicht geschehen, bis ich dabei bin!"

Samuel Augenstein verzog bei dieser Nacht Hören und Sehen. Das Automobil raste mit einer erschreckenden Schnelligkeit dahin, bei jeder Biegung verzerrte der alte Mann die Gesichtszüge zu einem, und er konnte erleichtert aufatmen, als er in der Ferne die braune Holzpolizei erblickten.

Harriet fuhr aus dem Automobil; lächelnd, mit gespannungslosen Zähnen eilte er ins Haus, das Herz pochte ihm zum Bersten.

In der Vorhalle kam ihm Grace entgegen. Als sie sie erreichte, rückte sie ihr kleines Gesicht glücklich vor. Sie lief auf ihn zu, umarmte ihn mit beiden Armen.

"Harriet! Harriet!"

Samuel Augenstein, der dem jungen Maus langsam gefolgt war, lächelte breit und hielt sie wieder in den Armen zu sich.

Später, im kleinen luxuriösen Salón, besprachen die drei die Ereignisse der vorhergegangenen Nacht.

"Ich verstehe gar nichts," sagte Grace in bestürztem Ton, nachdem sie lange darüber nachgedacht hatte, was sie hier erfahren. Sie ist hilflos, was weiter geschieht, weiß ich nicht. Ich habe mich darüber Gedanken gemacht, was ich tun soll.

"Wie kann ich Ihnen helfen, was ich tun soll?"

"Sie können mir helfen, was ich tun soll?"

klebt bestehen. (Zurufe rechts: Also auch die Schuldslüge!) Der Weltkrieg bedeutet aber nicht, daß Deutschland erneut ein förmliches und feierliches Bekennen zum Verfaßter Vertrag absiegt oder einen neuen Rechtsgrund für diesen Vertrag schafft. (Widerspruch rechts.) An der deutschen Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen des Verfaßten Vertrages wird weder moralisch, noch politisch, noch rechtlich irgend etwas geändert. Die Handhabung des Verfaßten Vertrages wird aber durch den Weltkrieg geändert. Das System des Ultimatums und Ultimatum kann nicht länger gegen uns angewandt werden. Das im Weltkrieg enthaltene Vermittelung des Schiedsgerichtsgedankens ist eine außerordentliche Ergründung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. (Beispiel bei der Weisheit!) Der noch vor einem Jahr sehr ernsthaft erörterte Gedanke eines Sicherheitspaktes gegen Deutschland ist nun endgültig bestellt.

Im Osten haben wir mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, die im Gegenstand zum Westen nicht an einen Sicherheitspakt anlehnen. Das Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen hat, im Osten Krieg zu führen, braucht ich nicht zu betonen. Das ganze Vertragswerk von Locarno giebt im Völkerbund. Den Frieden sicher, heißt vor allem die friedliche Entwicklung sichern, die Entwicklung aus den Bahnen des Gewalt in die Bahnen des Rechts zu lenken. Deutschland fordert seine eigenen Interessen, wenn es diese Entwicklung fördern durch seinen Beitrag zu positiver Macht im Völkerbund. (Widerspruch rechts.) Es ist ganz falsch, wenn behauptet wird, wir geben damit Deutschlands Souveränität auf. Der Punkt, in dem unsere geographische Lage zu Bedenken Anlaß gab, war der Artikel 16. Nachdem er geplatzt ist, überwiegt das Interesse des Eintritts in einen "Souveränität", die doch keinen Endes nichts anderes ist, als eine erzwungene Vassalität. (Zustimmung links.) Durch Abschluß des zulässigen Vertrages hat Deutschland den klaren Willen ausdrückt gebracht, durch den Vertrag von Locarno seinerseits Trübung keiner irgendeinlichen Reaktionen zu Russland einzutreten zu haben. Es gilt nun mehr, sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete, in immer steigendem Maße Nutzen für Deutschland aus der Herstellung eines wahren Friedens in Europa zu ziehen. (Beispiel links und in der Mitte. Rufen bei den Völkern.)

Nachdem Präsident Löbe noch von einem während der Rede Lüders eingangsgeäußerten Mißtrauen ausgingen gegen die Reichsregierung unter Geschäftsführer der Mittelkennnis gegeben hatte, wird die Weiberberatung auf Dienstag vormittag vertagt.

Ein mißglückter Rettungsversuch für Gefpler.

Reichstagsabgeordneter Dr. Haas (Dem.), der vom Reichsminister Dr. Scheler und Oberbürgermeister Dr. Luppe gebeten wurde, zur Klärung der zwischen ihnen entstandenen Streitfragen als geheimnisamer Beauftragtermann die erforderlichen Beschlüsse zu treffen, teilte als Ergebnis seiner Prüfung unter anderem mit:

Dr. Geßler ist im Herbst 1924 von einer der monarchistischen Bewegung in Bayern nachgehenden Parteilichkeit auf neue Gefahren, die aus Bayern drohen, aufmerksam gemacht worden. Dr. Geßler hat hierzu sofort im Benehmen mit dem Reichspräsidenten Scherl die Schrift eingeleitet, die die Bewegung vor der Durchführung eines Staatsstreiches zu verhindern sollte. Anfang Oktober 1924 hat Dr. Geßler in einer Unterredung mit Dr. Luppe in Nürnberg auf die akute Gefahr somit die die dann aus der Monarchie des bayerischen Volkes ergiebenden Gefahren hingewiesen und in diesem Zusammenhang gezeigt, daß mit einem Eingreifen der Reichswehr bei bayerischen Verfassungsstreitigkeiten nicht zu rechnen sei. Er hat, wie Dr. Luppe anerkennt, damit die Schrift eingeleitet hingewiesen, die hätten entstehen können, wenn die Langzeitigkeit der bayerischen Staatsräuberlichkeit in einer Form der Reichsverfassung nicht widergesprochenen, politisch aber sehr bedenklichen Form bestanden worden wäre. Dr. Luppe erklärt, daß Dr. Geßler vor allem daraus außer Acht machen wollte, daß man versuchen müsse, die Entwicklung im Reiche zu erläutern, bevor es zum Aufstand kommt. Dr. Luppe machte im November 1925 dem Schriftsteller Emil Ludwig bei einer Unterhaltung über die bayerische Entwicklung, historisch referierend, von seinem Gespräch mit Dr. Geßler Mitteilung. Ludwig hat das Gespräch ohne Kenntnis von Dr. Luppe unzufrieden in die Leidenschaftlichkeit gebracht.

Dieser Brief des mit Geßler befreundeten Demokraten Haas soll offenbar den Streit mit Luppe aus der Welt schaffen, ohne daß an einem der beiden beteiligten Demokraten etwas hängen bleibt. Nur Dr. Ludwig wird preisgegeben. Man muß schließen, daß das nicht gelungen ist. Denn es ist doch seltsam, daß Geßler sich plötzlich wieder seiner damaligen Beschwerden erinnert, nachdem er eine Woche früher eröffnete, sie vergessen zu haben. Es ist noch merkwürdig, daß Dr. Luppe sich jetzt anders er-

innert als in der vorigen Woche. Herr Dr. Scheler ist wahrscheinlich ein guter Rechtsanwalt. Auch ein solcher aber nichts mehr tun, wenn die Klienten selber ihre Sache bei dem Richter verloren haben. Der Richter ist bei Deppenrichter, für die dieser private Vergleich nach der Beauftragung unerheblich ist. Im übrigen ist ja dieser Fall eine kleinere Nummer aus Gefplers Sündenregister, das ein sachkundiger republikanischer Offizier in Nr. 271 der "Vollswacht" zusammengestellt hat, der sich schon allein aus schleischem Material noch weiteren ließe.

Der Wahlkampf um die Provinziallandtage

ist endlich etwas lebendiger in Gang gekommen. Ende November 29., diese wichtigen Wahlen statt, der Ausfall durch ihren Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichsrats und Staatsrats nicht nur die Selbstverwaltung, sondern auch die allgemeine Staats- und Reichspolitik berührt.

Die Deutschnationalen richten ihren Kampf in erster Linie auch diesmal gegen die Sozialdemokratie. In einigen Kreisen ist es ihnen gelungen, trotz dem Streit um Locarno allgemein Bürgerblocklisten zu diesem Zweck zusammenzubringen. Geht es gegen die verhafteten Sozialdemokraten auch die Rittergutsbesitzer oder an gleicher Stelle der Landwirtschaftlichen Gewerkschaften noch eifrig Wahlsteller. So werden von unter den preußischen Parteipräsenz mehrere Rundschreiben deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden v. Röder - Lindau veröffentlicht, in denen auch die Landwirtschaftlichen Gewerkschaften für die Finanzierung der deutschnationalen Wahlherrengezogen werden. Die Agrarier haben also immer noch nach Schätzung ihrer deutschnationalen Vertretermänner überflüssiges Geld. Um so mehr sollte die Arbeiterschaft sich in dieser letzten Woche vor der Wahl strengen, um durch freiwillige Wahlsteller diesen Anstrengungen der bestehenden Kreise entgegenzutreten und die Wiederkehr jungerlicher Kreise Provinziallandtage zu verhindern!

Ein Kabinett Briand?

Paris, 23. November. (Eig. Berichterstattung.) Der französische Präsident hat im Laufe des Montags die zentralen politischen Gruppen von Kammer und Senat empfangen, um ihnen über die Lage zu beraten. Die Begegnung haben noch zu keinem Ergebnis geführt, da die Meinung der Bourgeoisie für Rote gegebene Parlamentarier hinter ihrer nationalen Partei für die Möglichkeit der Konstituierung einer tatsächlichen Koalition ergeben hat. Es zeigt sich mehr und mehr, daß die Lösung der Krise in erster Linie von der Union der Sozialisten bestimmt wird. Entschiedet sich die französische Bevölkerung an einem neuen Kabinett, dann wird vorläufiger Herr von Briand vom Präsidenten der Republik mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Die Republik ist in diesem Kabinett bestrebt, die Lösung der Krise in einer leichteren Weise vorzubereiten, um durch freiwillige Wahlsteller die Radikalsozialisten die Aussichten für ein Kabinett der Linken eine stabile Mehrheit zu finden, zum mindesten sehr zweifelhaft geworden sind.

Der Präsident der Republik hat am Montag nachmittag gegen 6 Uhr Briand herzuholen und ihn ersucht, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Briand hat sich seine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des ihm geworbenen Auftrags bis Dienstag vormittag vorbehalten.

Paris, 24. November. (Eig. Berichterstattung.) Briand, der im Laufe des Montags Abend mit zahlreichen Parlamentarien, vor allem auch mit Herriot, Doumergue, Boncœur und dem Präsidenten des Senats de Sénac unterhalten hat, hat eine endgültige Entscheidung auf heute Vormittag aufgegeben. Auch der "Garde Républicaine" soll Briand erläutern, daß er das neue Kabinett nur bilden wird, wenn Herriot und Painlevé bereit sind, es Ministerium zu übernehmen. Die Sozialistische Fraktion und der Sozialistische Parteivorstand treten am Dienstag Nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen und sich über die Beteiligung an der Regierung zu entscheiden.

Sie verbarg aufscheinend das Gesicht in den Händen. Sie ergriffen blinde Harriet auf sie nieder. Sollte sie sie haben? Sollte ihre Phantasie den Toten herausbringen, das für einen Augenblick ihren Gewirke hatte?

Sie schaute hilfesuchend zu ihm auf. Hilf mir, Harvey, verleihe mir das Geiste, das willst du mir. Heute habe ich John wieder, wie er stets war, aber er würde mir mein Glück gönnen. Aber gestern nicht... Ich schwärzte. Wenn du ihn gesucht hättest... und ich hätte ihn... ich muß verrückt gewesen sein... Du bist Arzt, verheiße dich auf derlei Dinge, Wahnideen oder wie sie heißen. Du hast keinen vermögen. Gehörde mich, hypnotisiere mich... was du willst, nur rette mich vor dem Entzügen."

Sie lag neben Harriet auf den Boden, verbarg das Gesicht an seinen Knieen und meinte bitterlich:

Er zog sie in die Arme, drückte sie fest.

Wir wollen alles in Ruhe überlegen, Liebste. Vielleicht kann ich dir tatsächlich durch Hypnose helfen. Aber jetzt wollen wir von anderen Dingen reden, deine armen Nerven müssen unbedingt zur Ruhe kommen. Läßt uns in den Wald gehen, ein kleiner Spaziergang wird dir gut tun."

In diesem Tage will Grace ihrem Gatten nicht von der Seite, sie schien sich nur in seiner Nähe sicher zu fühlen, klammerte sich an ihn, wie ein vom Dunkel ersticktes Kind, und Harriet fühlte beglückt, daß sie ihm völlig vertraue.

Als jedoch der alte Hausherr in die Stadt zurückgekehrt war, wurde sie jählings von einer plötzlichen Begegnung übermanni, die Harvey nicht recht zu verstehen vermochte.

Als sie unter dem Vorwand, müde zu sein, schon um neue Kleider gingen, wußte sie ihm einen jungen Jungen zu. Nur eben verstand er sie, zwang sie zu einem Lächeln und sagte freundlich:

"Du mußt nach all diesen Aufregungen völlig ungestört schlafen. Ich habe heute noch zu arbeiten, werde erst spät schlafen gehen. Deshalb ließ ich mein Bett ins angsthafte Zimmer stellen. Wenn du willst kann die Tür offen bleiben, braucht es etwas, so ruh' mich, ich komme dann gleich zu dir."

Einer plötzlichen Regung folgend, deutete sie sich über seine Hand und drückte einen Kuss darauf.

"Wie gut du bist, Harvey. Habe noch ein wenig Geduld mit mir. Ich habe dich sehr lieb."

(Fortsetzung folgt.)

Fememordprozeß hinter verschlossenen Türen.

In Schwerin hat der Prozeß gegen den bekannten Fememord-Beyer begonnen. Der Fememord wurde am 15. Dezember 1923 bei dem Dorfe Mecklenburg von dem Soldaten Boldt erschossen. Beyer soll den Eindruck erweckt haben, daß er im Auftrag der Abteilung IA des Berliner Polizeidienstes nach Mecklenburg geschickt worden sei. Das genügte, um ohne weitere Klärung des Sachverhalts fahrlässig anzunehmen. Es handelt sich bei dem Schweriner Fememordprozeß aber so sehr um den verdeckten Fememord-Boldt, der bereits zuvor wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung vor Gericht stand, lediglich mehr um die Mithelfer und Unterstützer des Geschwaders, die ausnahmslos Offiziere sind oder sein sollen.

Der Staatsanwalt beantragte bereits nach der Verlesung Anklageerhebung, die "Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit" auszuschließen. Die Verteidigung schloß sich diesem Antrage an. Angeklagten sind die Rechtsvertreter der mecklenburgischen Regierung und ein Hauptmann der Reichswehr.

Dazu schreibt uns ein sachkundiger Mitarbeiter: Alle Angeklagten sind auch hier wieder Mitglieder der "Schwarzen Reichswehr". Diese wurde im Februar 1923 "offiziell" aufgelöst. Aber nun gingen ihre Angehörigen, also auch die Angeklagten, auf die großen Plätze der reaktionären Agrarier und wurden hier, in Arbeitskommandos zusammengehalten und vom Landwirtschaftsminister bestellt, als eine Art Puschkardie für alle Fälle freigegeben. Unter diesen Gruppen, die immer in Angst vor ihrer Entstaltung schwieben, befanden bald die extremen Elemente, die sich durch Roheit und verbrecherische Gesinnung auszeichneten, die Oberhand. Einzelne und Fememord rückten ein, bald zu einer Anzahl von meist kannibalisch ausgeführten Morden (Verrennung im Fall Böhlert, Ermordung im Fall Kauer, Tötprügeln im Fall Radom und Wilms) führte. Meist war der Grund der Rache nichtig, regelmäßig strafte man "Verräter". Aber gerade der sogenannte verhandelte Fall Beyer kann die ungeheure Züchtigkeit aufzeigen, mit der jemand zum Verräter der Spitzel gestempelt wurde.

Ein ganz besonderes Interesse beansprucht der sogenannte, Feldwebel Boldt. Er wurde in den Kreisen der "Schwarzen Reichswehr" als "Graf Montgelaß" geführt, will ihr seit ihrer Gründung gehört haben, früher Torpedomaat in der Marine gewesen und 1897 in Pommern geboren sein. Man glaubt aber nicht recht bisher an diese Angaben, sondern vermutet, daß man unter Umständen in Boldt den Massenmörder unter den Fememörtern, Büttling, erwischen hat. Büttling, der u. a. den Wachtmeister Gerlach aus Jossen an der Havel erschossen, sowie den Feldwebel Hermann und den Unteroffizier Grottkau in Küstrin erschossen hat, soll in der Schwarzen Reichswehr stets als einer der dümmsten Mörder mit Haarmanninstinkten, der von einem Vorgesetzten, dem im Landsberger Unterhauptgefangnis sitzenden Oberleutnant Schulz, mit Vorliebe auf die unglücklichen Opfer „angezeigt“ wurde. Er ist seit geraumer Zeit verschwunden und seine Angehörigen behaupten, er habe Selbstmord begangen. Nun ist er aber mehrfach Ende 1923 als „Graf Montgelaß“ aufgetreten, Boldt nach seinen Papieren gleichfalls und dessen Auspruch, Beyers Ermordung sei sein unfundierbarer Fememord, trägt zu der Möglichkeit bei, daß Büttling und der Angeklagte Boldt ein und dieselbe Person sind. Die Verhandlung könnte das auf jeden Fall klären.

Die Badener Demokraten gegen die Weimarer Koalition.

Karlsruhe, 24. November. (Eigener Sonnbericht.) Die Regierungsbildung in Baden ist abermals auf große Schwierigkeiten gestoßen, nachdem am Sonntag die demokratischen Parteiinstanzen sich gegen eine Erneuerung der Weimarer Koalition, die seit 1919 die Regierung in Baden in der Hand hatte, ausgesprochen haben. Daraufhin wird nunmehr eine Ministerregierung aus Zentrum und Sozialdemokratie gebildet werden. (Die Badener Demokraten sind also unterzaus und Hellspach ständig so weit, daß sie ohne die Zulassung nicht mehr regieren wollen, auch wenn es zulässig wäre.)

Aus dem Reiche.

Der frühere Reichsminister Schiele läßt in der ihm nahestehenden Kreise mitteilen, daß der ihm durch den Reichstagspräsidenten erzielte Urlaub nicht den Sinn hat, sich vor der Abstimmung über den "Vertrag von Locarno" zu drücken. Schiele will, wenn es die Umstände erlauben, bei der Abstimmung im Reichstag anwesend sein und zeigen, daß auch er gegen den Vertrag stimmt. Bei einem deutchnationalen Minister ist es nicht verwunderlich, wenn er im Reichstag genau das Gegenteil von dem tut, was er als Angehöriger des Kabinetts getan hat. Mag Herr Schiele aber auch noch so demonstrativ gegen den Vertrag von Locarno stimmen — jetzt steht jedenfalls, daß er in der Kabinettssitzung vom 22. Oktober den gleichen Sitzungswort zugestimmt hat. Er blamiert sich durch seine Sitzung die sehr erst recht!

Die sowjetische Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin, die sich seit zwei Jahren in Sowjetrußland aufgehalten und sich in dieser Zeit niemals an einer Parlamentsitzung oder an sonstiger politischer Tätigkeit in Deutschland beteiligt hat, ist in Berlin eingetroffen. Sie wird am Dienstag im Reichstag für die Kommunistische Partei, das heißt für die russische Regierung, gegen die Locarno-Vertreter sprechen.

Die Vertretung des ausgeschiedenen Reichsjustizministers. Der Reichspräsident hat den Reichstagsveteran mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers und den Reichsminister Dr. Brauns mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die bestehenden Geschäfte beauftragt.

Der Ausschluß der kommunistischen Reichstagsabgeordneten durch eine vorläufige Auflösung des Reichstags keine Erledigung finden. Die Fraktionen wollen einen gemeinsamen Antrag einbringen, der bestimmt, daß ausgeschlossene Abgeordnete nach Ablauf von drei Monaten wieder zugelassen werden, falls wahrhaftig in dieser Zeit nicht die Sitzungen fortgesetzt werden, auf die sich der Ausschlußbeschuß bezieht.

Der Volkskonsulat des Sowjetbundes, Lunatscharski, ist in Berlin eingetroffen. Er wird sich hier einige Tage aufzuhalten, mit literarischen und künstlerischen Kreisen Führung nehmen und die Aufführung seines Dramas "Der Krieger Don Quichote" beiwohnen. Von Berlin festigt er sich nach Paris.

Adolf Damaschke.



Der bekannte Führer der Bodenreformbewegung wird heute 60 Jahre alt. Seine Erklärung aller Formen der Ausbeutung aus dem privaten Bodenbesitz bleibt theoretisch hinter den Erfahrungen des wissenschaftlichen Sozialismus zurück. Seine praktischen Verdienste um die Bekämpfung dieser einen Form der Ausbeutung sind aber gerade in sozialistischen Kreisen seit langem mit Recht anerkannt worden, wie auch seine Anträge zur Bodenreform nur von der Sozialdemokratischen Partei restlos unterstützt wurden.

Der Bund deutscher Bodenreformer

hielt am Montag in der Aula der Technischen Hochschule zu Charlottenburg unter Vorsitz des Gründers des Bundes Adolf Damaschke seine 30. Hauptversammlung ab. In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Damaschke als die Aufgabe des Bundes deutscher Bodenreformer, das deutsche Volk wurelfest zu machen im deutschen Boden. Unter großem Beifall wurde die aus Anlaß des 60. Geburtstags erfolgte Erneuerung Dr. Damaschkes zum Ehrenpräsidenten der Theologie der Universität Greifswald bekanntgegeben. In dem Schlußwort, den Dr. Damaschke selbst erstaute, hob er rührend die wertvolle Bodenreformarbeit des Anhaltischen Staates hervor, der es als erster in der ganzen Welt serios gebracht habe, gesetzlich die Befreiung auszuwehnen. Bei der Belehrung wird der gemeinsame Wert angesehen.

Regierungspräsident Genosse Krüger-Lünzburg hielt einen Vortrag. Der Entwurf eines preußischen Städtebaugesetzes. Seine Ausführungen basieren in folgenden Teilen: 1. Die Gemeinden sollen ein detailliertes Bauaufstellungsplan auf alle Grundstücke, die innerhalb der Wohngebiete liegen, oder wie nach dem Flächenaufstellungsplan für Berlebtschäften und Grundstücken bestimmt sind. 2. Sie sollen jetzt ein Entzessungsrecht haben für solche Grundstücke, deren Benutzung erforderlich ist zum Bau von Mittel- und Kleinwohnungen sowie für das für solche Wohnungen nötige Gartenland und zur Ansiedlung von industriellen Unternehmen, sofern Grundstücke durch einen Flächenaufstellungsplan zu Industriezwecken bestimmt sind. 3. Bei der Ausübung des Kaufs- und Entzessungsrechtes soll sich der Verkaufs- bzw. der Entzessungspreis richten nach dem Beitrag, der für das entzessige Grundstück bei der letzten Erneuerung auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1923 festgestellt worden ist. Gemeinden, welche Flächenaufstellungspläne aufgestellt haben, müssen verzichtet werden, ein Schild des für Mittel- und Kleinwohnungen bestimmten unbewohnten Wohngebietes zu Heimstättengebieten zu erklären.

Prof. Dr. Boldt-Göttingen sprach über "Die Bewertung des Grundbesitzes im Reichsbewertungsgesetz". Der Zweck des Reichsbewertungsgesetzes, die Bewertung des Grundbesitzes durch hierfür geschaffene Reichsbehörden, unter Mitwirkung von sachkundigen Landes- und Gemeindebeamten einheitlich zu regeln, sei als erheblicher Fortschritt zu begrüßen. Schwere Bedenken hat der Referent gegen eine Bewertung nach dem Ertragswert. Dringend erforderlich sei eine einheitliche Bewertung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert in den eingemeindeten Ortschaften großer Städte und in Industriebezirken. Der durch Umwandlung von Ackerland in Pauland entstehende hohe Grundstückszuwachs werde viel zweckmäßiger durch eine rechtzeitige Zwischensteuer erfaßt als durch eine schwere Besteuerung nach dem gemeinen Wert.

In der Nachmittagsitzung sprach Oberregierungsrat Dr. Hoppe-Dresden über "Mietzinssteuer und reine Grundzinsensteuer". Der Amaliatische Landtagsabgeordnete Baumeler behandelte die Trennung von Bau- und

Bodenwertes in Anhalt. Die anhaltische Grundsteuer nach dem gemeinen Wert mit ihrer reinlichen Erhebung von Boden- und Bewertung entspricht durchaus den Ansprüchen sozialer Gerechtigkeit. Seine Ausführungen greifen in dem Punkte, daß die anderen deutschen Freistaaten Anhalt nachfolgen mögen.

Die Nelsionbündler berichtigten.

Professor Leonard Nelson schickte uns folgende Berichtigung des "Freies Deutschen" Berichts über seine Verhandlungen mit dem Parteivorstand:

In Nr. 239 Ihrer Zeitung vom 5. November haben Sie den Beischluß des Parteivorstandes der SPD über den "Nelsonbund" abgedruckt. Es heißt dort, daß es sich um "eine Prüfung der gegen den Internationalen Jugend-Bund (Nelsonbund) erhobenen Einwendungen" handle. Der Jugendbund betrachte die Partei lediglich als Agitationssfeld für seine besonderen Zielle und Auffassungen, die nach § 2 der gebräuchlichen Statuten des Internationalen Jugendbundes (Nelsonbund), die Gründung einer Partei der Vernunft der Jugend aller Länder ist.

1. Eine Einwendung gegen den § 2 in diesem Sinne erledigt sich von selbst, da dieser § 2 längst aufgehoben ist, was dem Parteivorstand bereits im Juni dieses Jahres mündlich und schriftlich mitgeteilt worden ist. Außerdem ist bei der mündlichen Verhandlung am 2. November dem Parteivorstand die neue Satzung mit dem ausdrücklichen Hinweis überreicht worden, daß die unmittelbare politische Wirksamkeit des Jugendbundes mit dem Eintritt aller Mitarbeiter des Internationalen Jugendbundes in die SPD eingestellt wurde, und daß der Plan der Gründung einer eigenen Partei bereits vor Jahren aufgegeben worden ist.

2. Der Grund, weswegen ich die Versammlung vorzeitig verlassen habe, ist in dem Bericht nicht zutreffend angegeben. Ich habe die Versammlung erst dann verlassen, als mein Wahlrechtshabe von dem Vorstandsmitglied Dittmann auf meine Aussage hin angezeigte wurde, daß ich überhaupt der UEPD angehört habe. Ich habe mich vorher auf mehrere Anfragen von Dittmann hin bereit erklärt, den Nachweis dafür zu erbringen, daß ich der UEPD angehört habe. Trotzdem erklärte Dittmann: "Ich glaube das nicht". Ich verließ auch auf diese Antwort ihn nicht die Versammlung, sondern tat dies erst dann, als der Vorsitzende Wels auf meine mehrmalige Frage, ob er mich gegen eine solche Behandlung in Säug nehmte, widerlegen ließ, ich den Saal verlassen müsse, erklärte: "Ich will Sie nicht halten."

Dozu erklärt der Parteivorstand das folgende:

Der Parteivorstand war gezwungen, sich ein möglichst klares Bild über Ziele und Bestrebungen des Nelsonbundes sowie über die gegen diesen erhobenen Vorwürfe zu schaffen. Lediglich dazu wurde das angeblich außer Kraft gesetzte Statut, das die Bildung einer Partei der Vernunft der Jugend aller Länder" im § 2 vorsieht, mit herangezogen.

Für die Beschlusftäglichkeit diente dem Parteivorstand neben seinen Informationen das neue Statut, das nach der Erklärung Nelsons auf Grund der gegenwärtigen Auseinandersetzungen neu formuliert ist. Damit fällt der Hinweis, der Parteivorstand habe sich bei seiner Beschlusftäglichkeit auf nicht mehr bestehende Sitzungen bezogen, in sich zusammen.

Die Darstellung des Parteivorstandes über das Verlassen der Sitzung durch Nelson und seine Anhänger ist durchausobjektiv. Der Vorsitzende Wels hat es nicht abgelehnt, irgend einen Verhandlungsteilnehmer in Schuß zu nehmen, er hat erklärt, daß man erst mittin in der Aussprache könnte, er könne Nelson nicht halten, wenn er gehen wollte, machte aber darauf aufmerksam, daß noch drei Angehörige des Nelsonbundes als Redner eingeschaltet waren, obwohl sie nicht alle geladen waren. Sie würden unverzüglich zum Worte kommen und könnten jede Rücksichtnahme vorbringen, die sie für angebracht hielten. Trotzdem verließen Nelson und insbesondere seine Freunde in ziemlich ungestopfter Weise den Sitzungssaal.

Die Mitglieder des Parteivorstandes hatten den Eindruck, daß die anwesenden Nelsonbündler die für sie öffentlichkeitsmäßig verlaufene Sitzung mit Absicht unter möglichstem Ekel abbrechen wollten."

Der memelländische Landtag wurde gestern durch den litauischen Gouverneur des Memelgebiets eröffnet. Zum Präsidenten des Landtages wurde der Handelskammerpräsident Joseph Kraus gewählt. In einer Ansprache gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Autonomie des Memelandes rasch durchgeführt wird. Besonders gedachte er darum in dem Augenblick, in dem das Memelland 6 Jahre nach dem Überfall durch Litauen wieder staatsbürglerliche Rechte erhält, Deutschlands, zu dem das Memelgebiet jahrhundertelang gehörte hat.

30°Quesadilla
Tabletten
in allen Supermärkten u.
Drogerie Dr. L.

für Sänger, Sportleute, Raucher

Aus aller Welt.

Der Prozeß gegen den falschen Kriminalbeamten.

Die dreiste Veräußerung von zwei Rosenkronen durch zwei falsche Kriminalbeamte im Polizeipräsidium Berlin gelangte vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verurteilung. Der Verdacht war auf den früheren Angehörigen der Schuhpolizei Wilhelm Berger gefallen, der heute ein umjüngendes Geständnis ablegte. Der Name des Mörters zu nennen, weigerte er sich. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein Fischerboot im Sturm untergegangen.

Die Königsberger Allgemeine Zeitung meldet aus Neukölln (Ostpreußen), daß von mehreren Fischerbooten aus Grogau, die am Donnerstag morgen in See gegangen sind, ein offenes Motorboot bislang noch nicht zurückgekehrt ist. Es kann als feststehend gelten, daß das Boot mit vier Mann Besatzung in dem gestellten Ostkurven vertoren gegangen ist.

Eine unmenschliche Stechmutter.

Das Dresdner Amtsgericht verurteilte die 22jährige Schneiderin Martha Richter zu drei Monaten Gefängnis wegen Mißhandlung ihres schwäbischen Stechmutter Heinrich. Sie hatte den Jungen unmenschlich gefoltert, ihm mit Nadeln in den Ohren herumgestochen, in den Arm gebissen, und schließlich ein Hundehalsband umgelegt und ihn dann auf einen Koffer gesetzt, so daß sich der Gedauernswerte nicht rütteln durfte, weil das Halsband über ihm an der Wand festgemacht worden war.

Schätzungsvergehen eines Pfarrers.

Vor dem Schöffengericht Leipzig hatte sich der Pfarrer Holstein wegen Vergewaltigens gegen SS 174,1 und 176,3 zu verantworten. Die Handlungen hatte der Angeklagte an seinen Schülern vorgenommen. Das Gericht verurteilte ihn zu 7 Monaten Gefängnis.

10 Millionen Mark für Opernzwecke.

Der schon seit längerer Zeit in Vorbereitung befindliche Plan, in England einen Nationalfonds für Opernzwecke zu schaffen, wird nunmehr verwirklicht werden. Unter dem

Besitz von Lord Bonhams hat sich ein Zusammenschluß gebildet, der soeben mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet ist, der die optimistische Erwartung ausdrückt, daß es gelingen wird, durch Sammlungen von Haus zu Haus einen Opernfonds in Höhe von zehn Millionen Mark zu stauen. In dem Aufruf heißt es unter anderem: "Es ist unmöglich, daß ein Land so leistungsfähig wie Deutschland kein Opernhaus besitzt, ohne sie in weitgehender Weise zu unterstützen. Der englische Staat tut dies nicht nur nicht, sondern nimmt seinerseits die Unterhaltung der Opernhäuser in Anspruch, indem er sie mit Sondersteuern (gemeint ist die Luftbalkensteuer) belastet. Aber die Oper ist kulturell nicht weniger wichtig als es Museen, Gemäldeausstellungen und Bibliotheken sind."

Unbekanntes Land in Sibirien.

Die große Tundra an der Mündung des Jenissei in das Nördliche Eismeer ist bisher noch vollständig unerforscht. Mit Ausnahme der Eingeborenen, welche das Land als Jäger und Fischer durchstreifen, hat sich dort wahrscheinlich noch niemals ein Mensch aufgehalten. Siedlungen gibt es dort überhaupt nicht. Die Russische Akademie der Wissenschaften will nun im nächsten Jahr nach Eintreten der warmen Jahreszeit zum ersten Male eine wissenschaftliche Expedition in diese Endreise entsenden.

Explosionsangst in Persien.

In einer Meldung der Times aus Bassora heißt es, daß bei einer Explosion von Pulver und Munition in Ahwaz in Persien 70 Soldaten umkamen.

Erdölüberflutung in Peru.

Ein großes Erdölfervoir bei Soiham im Keutschup ist gesprungen. Es enthielt 260 000 Kub. Meter Öl. Die ganze zum Transport des Petroleums bestimmte Eisenbahnlinie ist von einem großen Erdbeben umgedreht.

Der Krieger.

Einem Kritiker, der viel bei den Minenmännern antwortete, war eine ergiebige Butterkruppe, ein hoher Posten, aufgetragen. Als Kollegen ihn beklagten, erklärte er bestehend, daß es besonders freue, weil er dafür keinerlei Schritte unternommen habe. Meistens ein bissiger Kollege erklärte: "Du hat es recht, wer freut, tut keine Schritte!"

sonntag, den 24. November 1925

Beilage zur Volkswoche

Dienstag, den 24. November 1925

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telephon: Ohle 5652.

District 3. Unsere Districtsversammlung findet nicht heute, sondern am Mittwoch abend, bei Klante, Hochstrasse, statt. Und der Freunde sozialistischer Akademiker. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses, ist eine Zusammenkunft.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. November.

Betriebs- oder Ortskrankenkassen?

Wohl der größte Schaden unserer Sozialversicherung ist die Versicherung der Betriebskrankenkasse, die wir hauptsächlich in der Krankenversicherung haben. Während sich die Unfall- und die Krankenversicherung je mit einer Art Versicherungsverein begnügt, gibt es in der Krankenversicherung nicht weniger als fünf verschiedene Arten von Krankenkassen: Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und endlich als besondere Eigenart Geschäftskrankenkassen. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Verschiedenheit und damit Vergewaltigung von Kosten alles andere als für die gesamte Versicherung ist. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie treten schon seit Beiträgen der Sozialversicherung Gemeinschaft mit führenden Sozialpolitikern für eine Vereinigung und Zentralisierung der Krankenkassen ein. Ein großer Schritt vorwärts wurde in dieser Richtung durch die Einführung der Reichsversicherungsordnung getan. Es war das das erste großzügige und zuverlässige Gesetz aller Zeiten der Arbeiterversicherung nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Das zweite Buch der Versicherungsordnung, wo das die Krankenversicherung bestimmt, trat am 1. Januar 1914 in Kraft. Durchweg verschwand bei einer großen Anzahl kleiner und kleiner Krankenkassen, welche sich in die neuzeigründeten Ortskrankenkassen zusammenflossen wurden. Seit dieser Zeit ist jedoch auf dem Gebiete der Vereinigung und des Zusammenschlusses nichts wieder da. Auch heute haben wir noch fünf verschiedene Arten von Versicherungsräumen in der Krankenversicherung. Nach den Erhebungen des statistischen Reichsstamms gab es im Jahre 1921 im Reichsgebiet 2524 Ortskrankenkassen, 496 Landkrankenkassen, 22 Betriebskrankenkassen, 866 Innungskrankenkassen und 46 Geschäftskrankenkassen. Hierzu kommen noch 123 Knapphaftekrankenkassen. Die kleineren Betriebs- und Innungskrankenkassen sind in Zahlentwicklung vorherrschend. Betrachtet man jedoch die Mitgliedschaft der einzelnen Kassenarten, so kommt man zu einem anderen Bild. Im Jahre 1921 zählten Mitglieder: Die Ortskrankenkassen 11179 648 Mitglieder, die Landkrankenkassen 198 203 Mitglieder, die Betriebskrankenkassen 373 117 Mitglieder, die Innungskrankenkassen 229 410 und die Geschäftskrankenkassen 465 505 Mitglieder. Hieraus ergibt sich, daß die Ortskrankenkassen am Mitgliederdruck voran stehen. Es ist unbestritten, daß große Organisationen leistungsfähiger sind und auch den wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber überwundensicher sind als kleine. So ist es auch mit den Krankenkassen. Man kann es nicht nur behaupten, sondern es kann auch nachgewiesen werden, daß die Ortskrankenkassen die leistungsfähigsten Betriebskrankenkassen sind. Jeder Versicherte, der auf Grund seiner Belegschaftsverhältnisse verschiedenen Kassenarten angehört, wird dies durch eigene Erfahrungen bestätigen können. Um ein Beispiel herauszusuchen, seien sämmtliche Ortskrankenkassen mit den besonderen Beitragsschulden sogenannt. Es ist eine kleine Betriebskrankenkasse mit beispielsweise 20 Mitgliedern lange nicht so leistungsfähig sein kann wie eine Ortskrankenkasse mit 20 000 Mitgliedern.

Neuerdings betreiben die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände wieder die Errichtung von Betriebskrankenkassen. Sie würden dies bestimmt nicht tun, wenn dabei nicht selbst ein Vorteil und Nutzen herauspringen würde. Nach 25. der Reichsversicherungsordnung kann ein Arbeitgeber mit Zustimmung des Betriebsrates eine Betriebskrankenkasse errichten, wenn er in seinem Betrieb regelmäßig mindestens 20 verantwortungsberechtigte Personen beschäftigt. Für landwirtschaftliche Betriebe und Betriebe der Binnenschifffahrt ist diese Zahl der Beschäftigten auf 50 herabgesetzt. Wird eine Betriebskrankenkasse gegründet, so müssen sämtliche im Betrieb beschäftigten Personen, die krankenversicherungsberechtigt sind, der Kasse beitreten. Versicherungsberechtigte, die im Betrieb tätig sind, können der Kasse als freiwillige Mitglieder beitreten. Da, wie erneut erwähnt, die Neugründungen von Betriebskrankenkassen vielfach angestrebt werden, wird die Frage eintreten, welche Vorteile und welche Nachteile bringt eine solche Kasse den Betrieben?

Mit einem gewissen kann man behaupten, daß für die Betriebe Vorteile überhaupt nicht entstehen. Wohl werden die Arbeitgeber daraus hinzuweisen, daß der Beitragssatz vielleicht niedriger ist als in den Ortskrankenkassen. Dies wird doch meist nur bei der Gründungszeit der Fall sein, um die Gründermeister gefügt zu machen. Nach einiger Zeit müssen die Beiträge doch erhöht werden, wenn die Kasse die gesetzlichen Leistungen erfüllen will, von etwaigen Mehrleistungen ganz zu reden. Bleiben die Beiträge der Betriebskrankenkasse vielleicht auch eine Zeitlang niedriger wie die der Ortskrankenkasse, so doch auch die Leistungen der Betriebskrankenkasse niedriger. Ein weiteres Argument, mit dem die Arbeitgeber gern operieren, ist dies, daß sie bei den Betriebskrankenkassen allein tragen. Dies ist allerdings der Fall. Den Versicherten entstehen aber hierdurch keine Vorteile, sondern nur Nachteile.

Die Nachteile einer Betriebskrankenkasse sind für die Versicherten nicht gerade gering. Dadurch, daß der Arbeitgeber die Verwaltungskosten allein trägt, kann er mit der Führung der Betriebskrankenkasse, die ihm genehm sind. Ob es das für einen beratlichen Posten nötige soziale Empfinden und Verständnis haben, ist ihm ganz gleich. Der Vorstand der Betriebskrankenkasse hat auf die Auszahlung der Angestellten keinen Einfluss.

Bei den Betriebskrankenkassen überwiegt der Einfluß der Arbeitgeber in allen Beziehungen. Schon bei der Wahl zu den Organen (Vorstand, Ausschuß) kommt dies zur Erhebung. Nach den gesetzlichen Bestimmungen führt in jeder Betriebskrankenkasse

der Arbeitgeber den Vorstand. Er hat halb soviel Stimmen wie alle Arbeitnehmer zusammen. Bei den Beratungen des Vorstandes sind die Versicherervertreter in ihrer Meinungsauskunftsstimme sehr befürchtet, daß sie ja zum Vorstand, der gleichzeitig Arbeitgeber ist, in einem starken wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Sie können ihrer Meinung nicht so ausdrücken, wie die Vertreter in den Ortskrankenkassen. Sollten nun wirklich einmal im Vorstand die Arbeitervertreter Mut fassen und gegen die Stimmen des Arbeitgebers einen für die Versicherer günstigen Beschluss durchdringen, so wird die praktische Durchführung durch die vom Arbeitgeber bestimmten Kassenangestellten, die natürlich auf der Seite des Arbeitgebers stehen, fast beeinträchtigt.

Die Ortskrankenkassen und ihre Angestellten sind gezwungen, ihr Schweigepflicht über Krankheiten zw. öffentlich. Wie steht dies nun bei den Betriebskrankenkassen? Der Arbeitgeber hat in seiner Stellung als Kassenvorsteher Recht, Einsicht in die Bücher der Kasse zu nehmen. Auf diese Weise erfährt er alles Wünschenswerte über Krankheiten, Familiennverhältnisse usw. seiner Arbeiter. Auch aus früheren Zeiten kann er hierüber Nach-

Noch ein erfolgreicher Werber.

Dem Genossen Lepolt vom District 3 war es möglich, der Partei zehn neue Mitglieder und der Volkswoche einen Leser zu zuführen.

„Ordnung ist Geld.“

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Herr Hans Reicker, Salztorplatz 5, seines Zeichens Büropfarrer und Spezialist für Steuerberater, hat zwar auf seinen Geschäftsbriefbogen die Lösung „Ordnung ist Geld“, doch scheint er diesen Spruch wohl nur seiner Kundchaft anzuhören zu legen, während bei ihm, wenigstens in finanzieller Beziehung, von Ordnung nicht die Rede sein kann. Nicht nur, daß er seine tausendmännigen Angestellten, entgegen dem bestehenden Tarifvertrag, gegen Provinz und im Allford beschäftigt, sucht er auch in dem Blatt für die, die nicht alle werden, den „Breslauer Nachrichten“, von Zeit zu Zeit Kassenboten, denen er hohes Einkommen verspricht. Bedeutung ist natürlich die Stellung einer Kauktion in Höhe von 1500 bis 2000 Mark. R. verlangt von den Leuten die Verpflichtung, daß die Kauktion bis 6 Monate nach eventuellem Ausscheiden stehen bleibt. Wenn der Bevorratende eine derartig hohe Kauktion nicht stellen kann, nimmt er auch weniger. So genügen ihm in einem Falle 300 Mark. Selbstverständlich arbeitet R. mit eingegangenen Geldern und hofft dafür, daß nach Stellung der Kauktion die Leute möglichst bald wieder ausscheiden.

In der letzten Zeit ist ihm anscheinend das Wasser in den Mund gelassen, denn er hat den Betrieb seiner Frau übergeben, die auch das Personal übernehmen mußte. Das hat ihn aber nicht gehindert, sich ein Auto anzugeben, das er weniger zu geschäftlichen Zwecken benutzt, als um junge Damen, die ihm gefallen, spazieren zu fahren. Einer Buchhalterin, die zur Vermeidung einer Klage einen mageren Vergleich von 80 Mark abschloß (sie hatte mehrere Hundert Mark zu bekommen), ist er seit Monaten 60 Mark schuldig. Die Pfändung diverser Guthaben bei der Kundin, die sich in der Hauptstadt aus Fleischwaren zusammengesetzt, hat er durch Übergabe des Gutsahls an seine Frau unmöglich gemacht. Die Drohung mit dem Offenbarungseid-Vorfahren läuft ihr vollständig fort. Die Breslauer Angestellten werden gut tun, auf die Ehre eines Engagements bei diesem Herrn zu verzichten.

Trauerfeier

des Volksbundes deutscher Kriegergräbersfürsorge.

Wie alljährlich veranstaltet auch an diesem Sonnontag der Volksbund deutscher Kriegergräbersfürsorge eine Trauerfeier zum Gedächtnis der Toten des Weltkrieges. Der neu hergerichtete Konzerthausaal war ein würdiger Rahmen für die Feier. Ent sprechende Aufbauten und Tannenzweige gaben der Beleuchtung ihr besonderes Gepräge. Lediglich das helle Bild auf der Empore fehlt. Die nationalen Studentenverbündungen und die Kriegervereine schließen sich mehr zu den Stahlhelmliegern und den Bölkowern nach dem Schießwedder hinzugezogen. So waren diesmal nur einige Darungen und offenbar nur die nächstgelegenen Studentenverbündungen mit ihren Fahnen erschienen. Die Trauerfeier besteht, zu der auch die Spiken der staatlichen, städtischen, kirchlichen und militärischen Behörden erschienen waren, verließ, wie immer, sehr eindrucksvoll. Nachdem Herr Walter Vogel mit einem Orgel-Konzert aus der Matthäus-Passion die Feier eröffnet hatte, spielte das Trompeter-Korps des 7. Pr. Reiterregiments unter Leitung des Obermautmeisters Ulrich, den Trompeter von Professor O. Hakenberger „Morgen in ein lichtes Grab“; „Young Comrades“ der „Young Comrades“ St. Matthisas unter Leitung des Gymnasiallehrers Bruns, sangen „Selig sind die Toten“ von Ferdinand Möhring und den „Schottischen Gardenchor“ von Fr. Silber.

Die Gedächtnisrede hielt Divisionspfeifer a. D. Meier aus Gleiwitz. Ramellos, undeutlich, perspektivisch, verschwommen, das ist des Kriegers Schrift. Doch alle, die einen teuren Toten im Felde verloren haben, lachen in Gedanken sein jenes Grab. Entsetzlich groß ist die Zahl der Toten, die der Weltkrieg forderte. Manche haben sich tatsächlich da draußen im Schützengraben ihr Grab selbst gezogen, andere, besonders im Osten, vergraben im Schlamm und standen hier ihr Grab. Herunterstürzende Flugzeuge, untergehende Schiffe brachten anderen den Tod. Dann die durchbrennenden Quellen der Schwererletzen auf dem Krankenbett. Ihnen brachte oftmals der Tod die Erlösung. Eine Mutter, eine Frau, verzagt so leicht nicht. Und dieses groben, dantzenartigen Erinnern soll der Tag geweilt sein. Der Held ist dort am besten bestattet, wo er den Heldentod fand. Der Redner erklärte sodann, daß es ein Grab gäbe, das wir uns leicht gesucht hätten, doch darauf wolle er nicht näher eingehen. Auch für seine Frage, warum wir die Waffen wegwerfen müssten, bevor der Friede da war, fand er keine näheren Erklärungen.

Frau Margarete Horner sang: „Weber allen Wissens ist Ruth“ von Max Brügel und „Ritare“ von Franz Schubert. Gemeinsame Gefang der überfüllten Veranstaltung „Ich hatt einen Kameraden“ und weitere Darbietungen des Trompeter-Korps beschlossen die Feier.

Neue Radierungen von Breslau

hat uns der in Oberböhmen lebende Maler-Radierer Paul Geisler beschafft, der aus Anlaß eines größeren Auftrages im Sommer nach Breslau kam. Es handelt sich um acht Holz-Radierungen, an deren Stoffe mancher Kunstreisende seine Freude haben wird. An bekannteren Motiven unserer Stadt sind erschienen: „Blick durchs Käßelstor zum Dom“, ferner eine Ansicht der „Universität mit Sternwarte“ und eine Ansicht der „Sandinenkirche“, die bisher kaum einmal in wirklich bildmäziger Wirkung herausgekommen ist, da die Straßenansichten ihr zu nahe liegen. Die „Elisabethkirche“ mit den davor liegenden kleinen Häuschen hat den Künstler gleichfalls gereizt, vor allem auch ihr Turm, der bis zur Spitze hinauf sein durchgezeichnet ist. Von der „Lessingbrücke“ fällt ein Blick stromabwärts auf das sehr hübsche Städtebild. Die „Zehthunderthalle“ ist zweimal vertreten, einmal ein Blick durch die hohen Säulen des Bessethauses und dann in einem „Blick durch die Pergola zu Zehthunderthalle“.

Sämtliche Blätter sind im Kommissionsverlag der Kunsthändlung Bruno Wenzel, Albrechtstraße 11, erschienen und in den Fenstern der Firma ausgestellt, werden auch gern jederzeit zur Ansicht vorgelegt. Ein Besuch dieser kleinen Ausstellung ist sehr lohnend.

Geh! Eure Anzeigen der Volkswoche!

wo es nie an Genossen zur Parteiarbeit fehlt, ist der District 16. Auch auseinander sind alle Flugblätter prompt hinausgebracht worden. Besonders erfreulich aber sind die 32 neuen Volkswoche-Leser, die dabei gewonnen wurden.

Ein Musterdistrict.

ABAHLENDHIT IST FÜR UNS ABALDINGHIT!
Gomtag treten wir an und modern mitten drin mit
erste Geld des amtlichen Stimmzettels

Bodenreform und Sozialdemokratie.

Zum 30. Bundestage der Deutschen Bodenreformer in Berlin.

Von Otto Albrecht.

Wie steht die deutsche Sozialdemokratie zur Frage der Bodenreform und zu dem Bunde Deutscher Bodenreformer? Sie steht auf Seite wesentlich anders, als sie in der Vorkriegszeit gestanden ist. Die Einen räumen die veränderte Stellungnahme, die anderen halten sie. Ob und Tadel das über nicht davon oder von den ausreden, was ist. Denn die Sozialdemokratie hat daraus noch eine starke Kraft gewonnen, doch sie kann auf die Verantwortung einstehen. Solldritt ist, erkannte Gründer preisab und neue Erkenntnis willig aufgenommen hat.

Es steht auch als Bodenreformer bekannten oder die gar Mitglied des Bundes der Bodenreformer geworden waren, von den Parteien als nicht parteirecht angesehen und behandelt wurden. In jener Zeit galt in unseren Kreisen das besondere Geschäft mit der Frage der Bodenreform noch als etwas, das an der großen sozialen Gesamtfrage nur ab und in die Ferne setzt. Die Frage des Bodenrechts der Bodenrechte wurde als ein Krieg behandelt, der einfach in den Begehrungen der Kapitalismus und des Mehrheitsuntergangs. Man sah es als zwecklose Stricharbeit an, der Bodenreform voraussetzen und dazu andere Bodenreformen einzuführen. Was in den besonderen Bodenbewegungen nicht sein mochte, so meinte man, würde durch die allgemeine Parteidurchsetzung viel besser vertreten, als obwohl sie bürgerlicher Freiheit und beruht auf einer Fortsetzung der ökonomisch wirkenden Freiheit im kapitalistischen System. Was die angeblich bürgerlichen Bodenreformer als Reform erachteten, das wurde dem Proletariat und den Gewerkschaften einmal so ganz nebenher in den Schoß fallen, wenn die beiden Freiheit reisen und wenn das Proletariat vermöge seiner Zahl und seiner Erkenntnis das dahin gekommen sei, sich in den politischen Macht zu setzen.

Es ist in jüngerer aber anders gekommen. Die politische Macht war unvergessen und kam plötzlich in die Hände der Sozialdemokratie übergegangen, als durch den verlorenen Krieg der alte Kaiserstaat zusammengebrochen war. Es stellte sich aber heraus, dass in dieser Zeit mit dieser Art wirtschaftlich recht wenig Anfangen werden konnte, denn die nationale Wirtschaft war mit zusammengebrochen. Und der Kapitalismus war innerlich nach oben, das Proletariat noch so wenig vorbereitet, dass seine Kraft nicht gerade dazu ausreichte, an die Stelle des ehemaligen Reichsstaates einen republikanisch-demokratischen Staat zu treten und diesen gegen die Kräfte und Mächte der Reaktion zu schützen. Auf dem des Bodenrechts hätte damals vielleicht trocken etwas grundsätzlich Neues geschaffen werden können. Wenn dies ungeliebten geblieben ist, so darum, weil die große Zahl des Proletariats die Bedeutung des Bodenrechts noch nicht hatte und deshalb die mögliche Veränderung nicht ausfüllt wußt hat. Die Vertreter der politisch-proletarischen Macht waren mit anderen Angelegenheiten beschäftigt und überwältigt. So sie aus eigenem Erfolg nicht dazu kamen, die Bodenreform in ihrer Tiefe aufzutrollen. So blieb es den Reformen als politisch nicht ganz ernst genommene Bodenreformen vorbehalten, auch in der neuen Reichsverfassung mit dem Artikel 155 die Grundlagen herzustellen, auf welcher nunmehr Zoll um Zoll und Schritt im Schritt das neue Bodenrecht ausgebildet werden muß. Die Bodenreformer wiederum lernten durch die Erfahrung in der Nationalversammlung, und je länger, um so mehr erkennen, daß sie für ihre Bestrebungen die Kräfte und verlässliche Stütze in der Sozialdemokratie haben.

Bodenreformer und Sozialdemokratie haben sich also bei der Gestaltung und Inhaltsgabe der Weimarer Verfassung in jenem Kampf gefunden, ohne sich zu kaufen. Das ist nun aber selbstverständlich ganz und gar nicht gleichbedeutend mit einem Einvernehmen. Sehr weit davon entfernt! Die Bodenreformer sind nach wie vor ein eigener Stand geblieben, der sich aus führenden und Abhängigen aller möglichen Richtungen des Freiheitlichen Lebens zusammensetzt. Gegenüber der früheren Zeit sind in dem Ende heute neben den anderen aber auch anerkannte Sozialdemokratische Führer mitführend und maßbestimmend tätig. Sozialdemokratie wiederum hat ihre frühere Abhängigkeit aufgegeben und macht jetzt selbst in Bodenreform dabei nicht einmal mehr die früher so sehr verpönte Begehrung vermeidend. So ist zum Beispiel am 1. Oktober dieses Jahres im Preußischen Landtag ein Antrag der Sozialdemokratie angenommen worden, nach welchem die preußische Regierung erwartet wird, daß in Zukunft, so im Reichstage jener von Damekoff-Erman—von Peer hergehende Gesetzgebung über eine bestimmte Bodenreform vorgelegt wird, durch den die Gemeinden verpflichtet werden sollen, Bodenvertragswirtschaft zu treiben. Das ist ein Vorgang

und eine Wandlung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gewisse Bodenrechtsfragen haben schon seit mehreren Jahren in die Geschäftsgabe des Reiches und der Länder hineingespielt. Reichssteuergesetz, Reichsheimstättengesetz, Kleingartengesetz, Kleinpachtlandordnung, abzentrifugale Pachtordnung, Umlegungsgesetz, Migrations-, Urbarmachungsgesetz, und für die nächste Zukunft stehen noch viel einschneidender gelegliche Regelungen bevor. Unmöglich wird es auch den einfach Denkenden klar, daß dem Boden der Charakter einer Handelsware ganz abgetreten werden müßt. Bei der eingetretenen großen Volksarmut ist es im übrigen nicht länger mehr ertragbar, an wenige Bodenbesitzer arbeitsloses Einkommen in Gestalt der Bodenrente abzufließen. Allerdings wird es noch vieler und schwerer Mühe bedürfen, bevor die bodenreformlichen Ziele sich erreichen lassen. Sie können ja weder durch die Reichsregierung allein noch durch ergänzende Landesgesetze voll erfüllt werden. Es wird vielmehr ein etappenweise Reiche gesetzesberichter und verwaltungsschöpferischer Maßnahmen bedürfen, um zu einem neuzeitlichen sozialen Bodenrecht zu gelangen. Der Antrag Müller (Franken) im Reichstag zum Beispiel enthält Material für mindestens einem Jahr, vielleicht einem ganzen Dutzend von bodenreformlichen Reichsgesetzen, und in den Ländern sind Bodenpolitische Einführungsvorstellungen der Bedeutung ausgerollt. Mancherlei Umstände sprechen dafür, daß den Wünschen der Bodenreformen zufrieden zu lassen, das Bodenproblem doch endlich ruhen zu lassen", nicht entprochen werden kann, daß wir vielleicht erst noch in den Anfängen einer Umwandlung stehen, wenn das erfüllt werden soll, was Artikel 155, in Verbindung mit Artikel 152 und 153 der Reichsverfassung dem deutschen Volke verheiht, nämlich:

"Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste."

Aud: "Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Zweck zuführt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kindern, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu schaffen. Kriegsergebnissen nach dem zu schaffenden Heimstättenecht besonders zu berücksichtigen.

Grundbesitz, weisen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, gut Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Hebung der Landwirtschaft nötig ist, kann entgegnet werden. Die Familienfeststellungsliste sind aufzulösen.

Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalaufwendung aus das Grundstück entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.

Auf Bodenrechte und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates. Private Regeln sind im Wege der Gesetzgebung auf den Staat zu übertragen.

Diese Sache der Weimarer Verfassung enthalten eine solche Fülle von gesetzgeberischen Aufgaben, daß sich daran noch viele der fähigsten Köpfe erprobten müssen, um sie in sozialem Sinne zum allgemeinen Besten einer zeitgemäßen Lösung entgegenzutragen.

Wenn es nach gewissen Ängst-Bodenreformern gehen würde, die sich in den Verbänden der Grundbesitzervereine, im Reichslandbund und in diesen verwandten Organisationen konzentrieren würden, die wiederum bei den politischen Parteien in ihrer parlamentarischen Sitzungen und Versammlungen haben, dann würde noch heute bei ersterer Gelegenheit der diesen Kreisen in tiefster Seele verhaftete Bodenreformerparagraf¹ der Weimarer Verfassung wieder bestreitet werden. Die Sozialdemokratie aber wird auf dem Posten bleiben und wachen, daß dieser Grundrecht des demokratischen Volkes unangetastet bleibt. Sie wird auch sorgen, daß im Reich, in den Ländern, in den Gemeinden durch die Gesetzgebung und durch die Verwaltung die soziale Bodenreform vorwärts getrieben wird.

Die Sache, die nationale und die soziale Erneuerung des deutschen Volkes ist in allerhöchstem Maße davon abhängig, in welchem Rechtsverhältnis das Volk zu seiner Erdhölle steht.

Die ganze nationale und bevölkerungspolitische Zukunft Deutschlands hängt auf das allergrößte mit dem Bodenrecht zusammen.

Bodenreform und Sozialdemokratie sind darum notgemeinschaftlich mit einander verbunden. Der Bund Deutscher Bodenreformer mit seinen Mitgliedern und Anhängern aus allen (?) Lagern dürfte Urtheile haben, um dieser Verbundenheit willen sich nicht als kompromittiert zu betrachten.

Die Arbeiterschaft selbst kann eine derartige halbamtliche Untersuchung nur begrüßen. Die Unterladung wird über den Schreiber des Unternehmers nach Verlängerung der Arbeitszeit erheblich dämpfen. Aber ganz gleich, wie die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik auch ausfallen mögen, als fiktive Forderung der Gewerkschaften bleibt die Forderung nach möglichst kurzer Arbeitszeit bestehen. Nach Lage der Sache ist zu hoffen, daß die in Aussicht stehende Enquete die alte gewerkschaftliche Forderung des Schindelndorftages erheblich unterstützen wird.

Grubenstilllegungen und Betriebseinschränkungen.

Aus allen Bergwerksgebieten an Ruhr und Lippe häufen sich die Nachrichten über geplante Stilllegungen von Gruben. Die Stilllegung der Zeche „Mösen“ steht unmittelbar bevor. Vor ihr werden etwa 2400 Arbeiter und viele Beamte betroffen. Die Zeche „Berne“ hat bereits am vergangenen Mittwoch über 1300 Beamten gefeuert, die zum 31. Dezember zur Entlassung kommen. Mehr als ungewiß sind auch die Meldepflichten über die Zeche „de Wendel“. Es ist jedoch noch unbestimmt, wann sie stillgelegt werden soll. Schlimm sind die Verhältnisse auf den Gruben im Bezirk Buer-Gladbeck. Seit einigen Tagen füllten dort die Polizei und die Gerichte. Einige Schächte, wie „Möller“ und „Kraibach“ haben bereits ihre gesamte Belegschaft auf eine Schicht konzentriert. In den maßgebenden Stellen sind weitere einschlägige Maßnahmen geplant, die für das Bergbausleben der betroffenen Orte einen gewaltigen Einschlag haben dürften. So sollen auf der Zeche „Bergmannsglück“ etwa 1500 Mann zur Entlassung kommen.

Auf der Rombacher Hütte sind eine Anzahl von Beamtenkündigungen zum 1. Januar 1926 erfolgt. Wie verlautet, sind weitere Betriebseinschränkungen drohend.

Generalstreit der Textilarbeiter in Mexiko.

Am Sonnabendmorgen ist in Mexico-Stadt der Generalstreit der Textilarbeiter ausgebrochen. Man befürchtet eine Ausdehnung über das ganze Land.

Der Reichstag hat das Wort.

In einer Vertreterversammlung der Polizeibeamten Breslau am 20. November 1925 wurde in leidenschaftlicher Weise zur Befreiungsteilung gekämpft. Anfolge des Anwachsens der Teuerung von Monat zu Monat und infolge der weit unter dem Existenzminimum liegenden Gehälter befindet sich die Beamtenschaft in einer Notlage, die nicht mehr zu beschreiben ist. Nach Witz aller Schuldenpflichtigen verdielen die Beamtenchaft kaum noch Mittel zur Notwendigkeit ihres Daseins. Von Anschaffungen irgend welcher Art kann überhaupt nicht gesprochen werden. Die von der Regierung aufgestellte Erhöhung, daß für die Notlage der Beamten keine Mittel zur Verfügung stehen, läßt sich keineswegs aufrecht erhalten. Ein erschütternd wütendes Gefühl bis weit in die Kreise der mittleren Beamten ist festgestellt. Schärfste Maßnahmen der Regierung sind notwendig, um den Beamten eine fühlbare Hilfe in ihrer Not zu bringen. Die Vertreterversammlung fasste nachstehende Entschließung:

"Der am 20. November 1925 im Casino Polizeiunterkunft „Bürgerwerder“ liegende Hauptvorstand der Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preußischer Polizeibeamten S. B. und die gesetzgebenden Vorstände der Bezirksgruppe Mittelhessen und des Bau Schlesien, sowie die Vertretungsrente der 62 Dienststellen des Polizeipräsidiums Breslau, machen ausdrücklich auf die außerordentlich schwere, wirkungsreiche Notlage der Beamtenschaft, insbesondere der Polizeibeamten, aufmerksam.

Die unaufhaltsam fortgesetzte Teuerung hat das Stend der minder befahenden Beamtengruppen ins Unermessliche gesteigert. Bis weit in die Kreise der mittleren Beamten steht die Beamtenschaft vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Die gänzlich unzureichende Bezahlung hat zu einer unglaublichen Verschuldung der wirtschaftlich schwächeren Gruppen geführt, die derzeitig noch geworden ist, daß das Monatsgehalt kaum zur Befriedigung der entstandenen Schwäden des Monatsauslast. Durch Erhöhung des Unterhaltszuschlags wird der Stend in der breiten Masse der Beamtenschaft nicht behoben; denn diese Mittel kommen nur diesen Beamten zu gute, die durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, Krankheit usw. in außerordentlich bedrängende Verhältnisse geraten sind.

Anschaffungen aller Art sind gänzlich unmöglich geworden und wirkt sich die Kaufunfähigkeit und die übermäßige Schuldenlast der Beamtenschaft auf einem großen Maßstab auf die Wirtschaft und den Handel, besonders auf den Kleinsthandel aus.

Eine Regierung, die die Beamtenschaft im Stend vertreten läßt, hat das Recht verweilt, die Dienstrechtszeit und die Treue der Beamtenschaft für sich in Anspruch zu nehmen.

Die heut verharmolten Vertreter der Beamten fordern umgehend eine menschenwürdige Bezahlung, wenn die Beamtenschaft weiter als Stend des Staates angesprochen werden soll.

An den Reichs- und Landtag, in Sonderheit an die rechtsgerichtlichen Parteien, die bisher jede auszornende Bezahlung der Beamtenschaft zunächst gemacht haben, eignet die Aufforderung, sofort diesem unerträglichen Zustand abzuhelfen.

Wir fordern, wenn wirtschaftliche Hilfe gebracht werden soll, eine sofortige einmalige, außerordentliche Zuwendung und erneuten die maßgebenden Führer, durch eine laufende Erhöhung des Einkommens, dem unzählbaren Zustand ein Ende zu bereiten."

Am Sonntag demonstrierten auch die Breslauer Beamten auf dem Neumarkt gegen die Gehaltspolitik der Reichsregierung. Führermeister des Vorstandes des Ortsvereins vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund referierte. Seine Ausführungen fanden einen Niederschlag in folgender Entschließung:

"Die vom Ortsausschuß Breslau des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes für den 22. November 1925 auf dem Neumarkt in Breslau einberogene Beamten-Massenprotestversammlung der Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten, einschließlich Eisenbahner, Hinterleiblichen und Pensionären, erhoben ersten Protest gegen die generalisierte Massenversetzung durch die heutigen wirtschaftlichen Machthaber. Das Versprechen dieser Volksvertreter auf Besserung der Lage der unteren Volkschichten hat sich als Volksbetrug schlimmster Art erwiesen. Die Plakette, daß keine Mittel vorhanden seien, ist nichts als eine brutale Verhöhnung der werktäglichen, schwächeren Kreise. Die außerordentlich lange Dienst- und Arbeitszeit, die ungemein schwere Belastung des Einkommens durch direkte und indirekte Steuern, die dem Reich die denkbare Seiten nahmen, haben die Beamtenschaft an den Rand des Abgrunds und der Verzweiflung gebracht. Tief Verküpfung, Massenendl und Verzweiflung, völliger Ruin, der nicht mehr überwunden werden kann, sind die Atmosphäre, in welcher der Beamte, Angestellte und Arbeiter sein Leben frisst. Doch hat es anderweitig Mittel, die fast zwecklos degeudet werden, in Form von Leistungen, Leistungszulagen, sogenannten Entschädigungen usw. Dringendste Hilfe für alle Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde und der bitteren Notwendigkeit. Die Bevölkerung ruft der Reichsregierung und den Volksvertretern in den Parlamenten zu: Genug des Stends, genug der Ausbeutung, gebt uns, was wir zum Leben mit den Unfrigen benötigen. Wollt ihr unsere Freude und Arbeitsfreudigkeit, dann gebt uns die Mittel zur Existenz und somit das Recht, als Mensch unter Menschen zu leben.

Die Kundgebung fordert daher:

1. Sofortige gemeinsame Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen aller Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten sowie der Reichsbahn zur Erlangung eines zeitgemäßen Einkommens.
2. Bereitstellung von Mitteln zur Schuldenentlastung für die rückliegende Zeit.
3. Schärfste Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung des Nachwuchs und seiner Auswüchse,
4. die Entscheidung des Reichspräsidenten, der Reichsregierung, der Reichsbahn, Hauptverwaltung und den Spitzenorganisationen in Berlin zu übermitteln."

Breslauer Produktionsbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktionsbörse vom 23. November 1925 gezahlten Preise bei sofortiger Bezahlung für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis ab sofortlicher Belieferung in vollen Mengenabnahmen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich frachtabilität Breslau verzeihen). Tendenz: Getreide: Bis auf Gerste freundlicher. Auswüchse schwächer, zu Exportzwecken gelegtes Getreide wird höher bezahlt — Delicaten: Kremlischer, Schlesischer Mehl in kleinen Partien wird höher bezahlt — Kartoffeln: Rubig. — Mehl: Fest.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Güteklasse	23.	21.	23.	21.
Weizen, neuer	20,30	20,00	28,-	—
Kogen, 14,00	13,80	25,-	—	—
Haf., neuer	14,30	14,20	52,-	—
Branteng., neuer	18,00	15,30	21,-	—
Winter-Gehf.	15,50	15,70	20,00	20,00
Speise-Kartoffeln, rot und weiß	1,80	1,80	94,-	—
Futterkartoffeln für das Pferd, Starkegehalt 0,07				

Maggi's Fleischbrüh-Würfel

ermöglichen es, kräftige Suppen, schwachsäfte Gemüse und delikate Soßen herzustellen.



Achtung auf den Namen Maggi und die gelb-rote Packung.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kietzern. Die schlafenden Gemeindevertreter. Eine "Siede" der biegenden Gemeindevertretung bilden zwei Vertreter der sogenannten Mittelstandspartei. Mit welchen Interesse und Geiste diese Herren den Gang der Sitzungen verfolgen, davon zeugen nachstehende Episoden: Auf dem Nachhauseweg von einer Sitzung erkundigte sich Herr Landwirt Tieke bei dem vorstossführenden Gemeinde-Angestellten, über welchen Punkt man zuletzt abgestimmt hätte. Sein Geist war jedenfalls bei It und Hahn gewesen, nur nicht dort, wo er sein sollte. Und abermals fand eine Sitzung statt, bei welcher die Tagesordnung mit eingehender Debatte sehr umfangreich war. Unsere Genossen gingen für das Gemeindewohl sehr ins Feuer, auch die Vereinigten Bürgerlichen waren sehr ehrlich. Doch die Mittelstandspartei schwieg. Ihnen schien alles "böhmische Berg" zu sein. So kam es denn, daß ihr Mitglied, Herr Kohlenhändler Lundsgaard, sonst entschämter, als es zur Abstimmung kam, musste er erst vom Gemeindeschreiber geweckt werden. Erstrosen fuhr er in die Höhe und hob treu und brav seine Hand, obwohl er Schlaftrunken gar nicht wußte, über was er abstimmte und ob er dafür oder dagegen war. Den Wählern kann man nur gratulieren zu solchen Erfolgen. Hoffentlich gehen ihnen nur die Augen auf. Sie machen diesen Mäherzug dadurch wieder gut, daß sie bei allen Wahlen, so auch am 29. November, nur die Partei wählen, welche für Kultur und Fortschritt eintritt, nämlich die Sozialdemokratische Partei.

Carlowitz. S. P. D. Es wird hiermit nochmals daraus hingewiesen, daß Mittwoch, den 25. November, abends 7½ Uhr, im "Gelben Löwen" eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet. Provinziallandtagsabgeordnete Frau Else Heitner-Breslau wird über die Bedeutung der Kreistags- und Provinzial-Landtagswahlen sprechen. Einwohner von Carlowitz, jörgt für guten Besuch! Zugleich wird bekannt gemacht, daß am Freitag, den 27. November, abends 7½ Uhr, bei Gastwirt Pojcha in Schottwitz eine öffentliche Wähler-Versammlung stattfindet. Redner ist Kreisagsabgeordneter Lehret Rionte. Auch hier wird rege Beteiligung erwartet.

Neumarkt. Volksversammlung. Am Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr, findet im großen Saale "Zum Gelben Löwen" eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Landrat Genoss Seibold, Rinteln, zu der Wählerkost sprechen wird. Wähler von Stadt und Land, erscheinen in Massen!

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen. Am Sonntagabend fand im Verkehrsstadl "Zum Gelben Löwen" unter äußerst zahlreicher Beteiligung eine Mitgliederversammlung statt. Nach Eröffnung des Kassenberichtes wurde über eingegangene Anträge der Gauführung Ausprache geplagt. Unter örtlichen Angelegenheiten bemängelte der Vorsthende den langsamem Gang eingereicher Anträge, ferner die Ablehnung von Anträgen. An die Stadt soll ein Gesuch um frühere Auszahlung der Unterstützungen gerichtet werden, damit das Alter vor einräckender Unseligkeit abgedeckt ist. Über die am 20. Dezember stattfindende Feier berichtete der Vorsthende. Sämtliche Vorarbeiten obliegen dem Vorstand. Zum Schluß wurde auf die Bedeutung der Wahlen am Sonntag, den 29. November, hingewiesen, und das Alter gewünscht. Parteien die Stimme zu geben, die ein Funktionenbrennen hat, nach erreichten Zielen über die Rechte der Sozialarbeiterin mit führen treten. Der Vorsthende empfahl alle in dieser Woche zur Beteiligung gelangenden Wahlgäste mit Höflichkeit einzunehmen und am Sonntag diesen Herrscharen die richtige Quittung zu geben.

Aus Schlesien.

Ein Skandal bei der Zollverwaltung. Sechs Jahre lang verweigert man einem Beamten die Einsicht in seine Akten.

Wir erhalten von einem Zollbeamten o. D. aus Batsch-

to folgende Anfrage:

Nachweisbar bestand Korruption bei der Zollverwaltung schon vor dem Kriege. Während meiner 27jährigen Dienstzeit bei der Zollverwaltung habe ich Korruptionen nie gespürt, auch dann nicht, wenn Borgescheit darin verwickelt waren. Für die Aufdeckung solcher Schlebungen, denen ich auf die Spur gekommen war, sollte ich durch eine streng gehaltene, nur in den Verhöralisten niedergelegte Regel ansonde gegen mich unbedenklich gemacht werden. Die Lügen gegen mich, die bald aus 5 Akten entstehen, ohne daß ich auch nur die geringste Kenntnis davon hatte, sindte man, da ich mich immer noch bei beiden Körper- und Geisteskräften erfreute, zum Kaiser Dr. Wohl in Reise. Dieser Amisazt hat ein Dutzend Älgenen sich würdig anzuschließend Gutachten über meine Person beigelegt, obgleich er mir die Akten und nicht meine Person untersucht hat.

Zwei darauf von mir bei einem andern Kreisamt und bei einem Regierungsmittelstaat durch Untersuchung meiner Person herbeigeführte, in meinen Händen befindliche Gutachten beweisen meine volle Gesundheit. Trotzdem sollte ich auf Grund dieses ersten Gutachtens in ein Sanatorium. Ich weigerte mich jedoch.

Als ich jedoch wurde, daß man mich auf Grund der umwähnten Aktenbürokratie überall hinholte, verlangte ich unter Sonderaufsicht Artikel 129 der Reichsverfassung Einsicht in meine Perso-

nalaften. Das wurde mir aber andauernd ver-

weigert, erst nach lebenslänglichem Warten erhält ich Dezember 1921 die Akten ausgeschifft. Hier liegt mir ein Ver-

fallungsbeschluß und ein Vertrag gegen das Beamten-

recht vor. Unterstellen hatte Herr Präsident Michael, (weil ich

wieder um die Einsicht in meine Personalakten bat) mich durch den preußischen Amtsminister zu anfangen wie pen-

sionieren lese mit der Begründung, daß ich immer bei der Zollverwaltung Mitglied aufwärts stand. In Wirklichkeit

ware ich Korrumper bei der Zollverwaltung (Schmuggel,

Unterschlüpfungen, Verpfändungen) tatsächlich aufgedeckt. Daß

diese Korrumper auch jetzt noch nicht aufgedeckt haben, beweist die Ernennung in Großherzogtum im Bereich des Herrn Präsidenten Michael. Ich nach Zeitabschreiten ebenfalls die Fehldeutung am Hundertende Mari schätzte hat. Ich habe gegen die Ausgabenkontrolle Rechts eingeklagen, der aber, eben wieder auf Grund der umwähnten Amtsberichts, zurückgewiesen wurde mit der Begründung, daß der Fehlzug gültig bleibt, weil Abänderung und Unterhaltung im Recht nicht vorgesehen sind. Es steht mir jetzt nur noch der Klagezug auf Schadensersatz offen. Zu möglic noch bemerkt, daß ich das Rehesschiff nur nach Bezahlung Gruppe 4 betrete trotzdem ich auch Arbeiten aus Gruppe 7 ver-

richtet habe."

(Wir befürchten uns zunächst auf die Veröffentlichung dieser Zeitschrift möchten aber der Erörterung Ausdruck geben, daß sich die umständlichen Stellen leichtig in dieser Angelegenheit übertun. Rechtes werden wir dazu nicht einkaufen zu sagen haben. Red.)

Bürgermeisterwahl in Ohlau.

Bürodirektor Wjontek-Ohlau wurde gestern in einer außerordentlichen Sitzung der Stadtratsordneten zum Bürgermeister gewählt. Das Los wurde entzückt. Wjontek und der Kandidat der Rechten, Bürgermeister Haunschild-Treptow, er-

hielten je 10 Stimmen. Zwei Stimmen waren ungültig. Sämtliche bürgerlichen Stadtvorordneten verließen nach dem Ergebnis der Wahl den Sitzungssaal, so daß die Sitzung auf die vertragt und später geschlossen werden mußte. Man darf gern sein, ob die Bürgerlichen ihre Meinung, die Mandate nicht auslegen, ausdrücken werden.

Blomius. Großherz. Bis auf die Umfassungsmouren ist das biesige Sägewerk niedergebrannt. Das Feuer ist normal, durch Kurzschluß entstanden und griff so rasch um sich, daß der Dachstuhl in wenigen Minuten ein Flammenmeer war. Der heilige Brandenburger Feuerwehrmann konnte nichts retten. Der gegenwärtige Besitzer, der erst vor wenigen Tagen die Sägemühle übernahm, ist in seinem schwer geschädigt, als er der Betrieb mit vollständig neuen Maschinen ausgeholt worden.

Reinerz. Ein gemeiner Straßenraub wurde in der Nähe des Clarendorfs auf der Herthastraße verübt. Der Kaufmann Kmita wurde von einem Unbekannten durch unerwartete Schläge in die Knie zu Fall gebracht. Der Täter hatte nun leichtes Spiel und raubte K. eine Brieftasche mit 312 Mark fälscher Geldes. Er entfloß unerkannt.

Neurode. Vom Amt suspendiert wurde auf Anordnung des Neuroder Landrats Schwert der bisherige Kreisbürodi rektor Appelt. Diese aufsehenreiche Maßnahme ist mit keiner längeren Zeit diskutiert. Von Angenommen durch die Kreisräte in Verbindung zu bringen. Die Verhütung durch die Staatsanwaltschaft steht unmittelbar bevor.

Görlitz. Geheimnisvoller Unterricht von Damen des Bismarckbundes im Krankenhaus. Genosse Stadtverordneter Höpke brachte in der Stadtverordnetenversammlung eine Sprache, der in den Kreisen der Arbeiterschaft berechtigtes Aussehen erzeugte. Ohne Wissen des Magistrats werden Angehörige des deutschnationalen Bismarckbundes in der Krankenanstalt unterrichtet. Wie der Oberbürgermeister mitteilte, seien die Kurse ohne Berechnung und ohne Wissen des Magistrats unter Benutzung von Räumen und Einrichtungen des Krankenhauses veranstaltet worden. Einem politisch abgesetzten Personen dürfen das Krankenhaus nicht ohne Berechnung zur Verfügung gestellt werden. In Zukunft werde es nicht mehr vorkommen, daß nun häufen, was ohne Wissen des Magistrats sich in einer öffentlichen Anstalt abspielen kann. Da es Damen des Bismarckbundes waren, so ist dies bei den meisten Stadtpolitikern außer den Arbeitervorsteher ein Entschuldigungssgrund. Was will es allerdings scheinen, daß hier eine große Verleumdung der Amtsvorordneten nicht achlos hinzunehmen ist.

Gleiwitz. Frauenmord. Am 21. November wurde die Arbeitgeberin Klara Wiel aus Röhr, Kreis Gleiwitz, an den Weg Kliniken-Reich auf einer Weise am Waldbaum erklungen aufgefunden. Die Ermordete hatte am Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, die Wohnung verlassen, um in Kliniken ein Paar Schuhe abzuholen. Dort ist sie aber nicht eingetroffen und wurde seit dieser Zeit als vermisst gemeldet. Die Angehörigen glaubten, daß sie sich bei ihren Elternwandten in Gleiwitz befinden werde. Da sie aber auch dort nicht war, begaben sich die Angehörigen auf die Suche und fanden sie leider nur noch als Leiche vor. Ob es sich hier um einen Raubmord handelt oder ob die Tat aus anderen Motiven verübt wurde, ist noch unbekannt.

Schmiedest. 2-10 H.
Lippert, Heinrichstr. 10.

Berlaußbude

holzger, sehr stabil und geräumig, auch als Tisch für Schrebergärtner geeignet, preiswert zu kaufen, Beschaffung nach vorheriger Anmeldung. Kontor der Schuhfabrik Bogenhof Brauerei Attengesellschaft Breslau X.

Stahl u. Hof

H. Mohaupt

Karlstraße 1, I. Tel. 1202

über Wittenbergstr.

Sehweise elegante

Stahl u. Hof

H. Mohaupt

Karlstraße 1, I. Tel. 1202

über Wittenbergstr.

Berthold Lippert

Heinrichstrasse 16.

.....

B. Wollserge

Mitt. 1.40-2.00 M.

Mont. 70 Pf. Leinwand 50 Pf.

45 Pf. bis 90 Pf. Metzger

futter 90 Pf. bis 130 Pf.

Garn 1000 Meter in allen

Marken 40 bis 90 Pf.

Stoffe 700 Gramm 60 Pf.

.....

Genossen

Genossinnen

Eure Familien-

anzeigen

Volkswacht

.....

Familien-Anzeigen

Deutscher Verkehrsverein.

Am 21. November verstarb unser werter Kollege, der Straßenbahnhändler 7923

Max Schönfelder

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.

Die Mitglieder der Zahlistelle Breslau (Abteilung Strafer- und Kleinstbahn).

Beerdigung: Mittwoch, 25. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes aus.

Deutscher Bauernverband.

Am 20. November starb plötzlich unser junger langjähriges Mitglied, der Kellner

Wilhelm Neumann

im Alter von 65 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten.

Die Mitglieder der Bauspar-Gesellschaft Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des St. Paulus-Friedhofes in Cösl.

Deutscher Bauernverband.

Am 20. November starb plötzlich unser junger langjähriges Mitglied, der Kellner

Wilhelm Neumann

im Alter von 65 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten.

Die Mitglieder der Bauspar-Gesellschaft Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des St. Paulus-Friedhofes in Cösl.

Am 21. November verschied nach kurzen, schweren Leidern meine inniggeliebte Frau, meine gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Schwiegertochter

Frau Anna Guhr

geb. Gericke

im Alter von 37 Jahren.

Dies zeigt Gebetbuch an.

Der trauernde Gatte

sebst Sochter und Aschtragen.

Beerdigung: Mittwoch, d. 25. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Cösl aus.

Am 21. November verschied nach langen Kranktagen unser Genosse

Paul Lux

im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Beteiligten d. Frei. Beerdigungsbehörde des Fahr- u. techn. Personals der Städt. Straßenbahn

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags, 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cösl aus.

Am 21. November verschied nach langen Kranktagen unser Genosse

Ernst Schustek

Klein-Gandau.

Leicht sei ihm die Erde!

Waisenkind der Frei. Beerdigungsbehörde Klein-Gandau.

Beerdigung: Dienstag, nachc. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Klein-Gandau aus.

Am 21. November 1925 ist

B. Schlach- und Viehhofdirектор, Veterinär Dr. med. vet. h. c.

Max Rieck

in seinem Landhause in Zobten, das er sich als künftigen Ruhesitz geschaffen hatte, nach schwerem Leiden verschieden. Fast 25 Jahre hat er die ihm anvertraute Anstalt geleitet. Ein edler Mensch, ein gerechter und wohlwollender Vorgesetzter, ein Muster treuester Pflichterfüllung: so wird er unvergessen in uns fortleben.

Ehre seinem Andenken!

Breslau, den 22. November 1925.

B. Schlach- und Viehhofdirектор, Beamten, Angestellten und Arbeiter des stä